G E M E I N S A M E R

P R E S S E D I E N S T

Nach dem Tarifabschluss für die Länder

Richterverband und Beamtenbund fordern Besoldungsanpassung

Die Einkommensrunde ist erst beendet, wenn das Tarifergebnis für die Angestellten auf Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die Beamten in Land und Kommunen 1:1 übertragen wurde. Da ist sich das Bündnis aus Schleswig-Holsteinischem Richterverband und dbb schleswig-holstein einig.

„Die nicht angemessene Richter- und Staatsanwaltsbesoldung in Schleswig-Holstein führt im Zusammenspiel mit der hohen Arbeitsbelastung ohnehin schon zur Abwanderung gut ausgebildeter Juristen in die freie Wirtschaft. Fachkräfte sind rar und die Angebote außerhalb der Justiz verlockend. Der öffentliche Dienst muss für Hochqualifizierte attraktiv bleiben und darf nicht weiter abgehängt werden. Die Nähe zu Hamburg, das bereits die Übernahme des Tarifergebnisses angekündigt hat, erfordert schnelles Handeln zur Stärkung des Justizstandortes Schleswig-Holstein“, sagte Volker Brandt, stellvertretender Landesvorsitzender des schleswig-holsteinischen Richterverbandes am 30.3.2015 in Lübeck zum Ergebnis der Einkommensrunde.

In dieselbe Kerbe schlägt Anke Schwitzer, Landesbundvorsitzende des Beamtenbundes: „Finanzministerin Heinold hat sich ausdrücklich zur Tarifgemeinschaft bekannt und den Abschluss anerkannt. Nun muss sie sich aber auch bekennen zum Attraktivitätsprogramm des Ministerpräsidenten – der öffentliche Dienst muss seine Anziehungskraft für die besten Köpfe behalten. Wir sind uns aber sicher, dass die Ministerin dies in ihrem Handeln berücksichtigen wird.“

„Beide Verbände sind sich einig darin, dass in einer dem Tarifabschluss entsprechenden Anpassung der Besoldung auch ein Zeichen der Wertschätzung für das eigene Personal zum Ausdruck kommt. Die mit Augenmaß geführten Tarifverhandlungen preisten die Auswirkungen einer Übernahme auf Beamte, Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bereits ein. Diese sollte zum Wohle aller möglichst geräuschlos umgesetzt werden“, so Schwitzer und Brandt übereinstimmend.

In den anstehenden Verhandlungen mit der Landesregierung werden dbb und Richterverband als Bündnis die Interessen der zusammen über 40.000 Mitglieder in Schleswig-Holstein vertreten.

Kiel, 30.03.2015

Herausgeber:

Schleswig-Holsteinischer Richterverband - Verband der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
Redaktion: Volker Brandt | Verantwortlich: Dr. Wilfried Kellermann, Landesvorsitzender Harmsstr. 99-101, 24114 Kiel

dbb beamtenbund und tarifunion Landesbund Schleswig-Holstein Redaktion: Christian Pagel | Verantwortlich: Anke Schwitzer, Landesbundvorsitzende Muhliusstr. 65, 24103 Kiel